

Städtepartnerschaft zwischen Xiamen (China) und Trier (an der Mosel)

Als am 11.11.2010 die feierliche Ratssitzung zu Ehren der Besiegelung der Städtepartnerschaft zwischen Xiamen und Trier im großen Sitzungssaal des Trier Rathauses begann, standen neben den Demonstranten einiger Menschenrechtsorganisationen aus Trier lediglich zwei Stadträte vor dem Haupteingang des Rathauses, um an einer gemeinsamen Mahnwache teilzunehmen. Die meisten Stadträte befanden sich neben den zahlreichen Honoratioren, geladenen Gästen und einigen BürgerInnen im Rathaussaal, um an der Feierlichkeit teilzunehmen. – Dies ist aber keineswegs „die“ Alternative.

Schon im Vorfeld der Ratssitzung wurde eine falsche Dialektik in den Trierer Medien eröffnet. So konnte man sich zwischen einem Pro und Contra für oder gegen die Städtepartnerschaft im Vorhinein schon positionieren. – Aber auch dies ist keineswegs „die“ Alternative.

Endlich meldeten sich auch Leserbriefschreiber im TV zu Wort, die rhetorisch nachfragten, ob „wir das Rad wieder zurückdrehen sollen“, weil wir in Trier geneigt wären, „den Wunsch nach Partnerschaft mit allerlei bürgerlichen und sozialpolitischen Forderungen [zu] überfrachten, mögen sie noch so berechtigt sein“ (Zur Nieden). – Eine Alternative ist „das“ aber ebenso wenig.

Zunächst möchte ich einmal feststellen, dass ich keine einzige Stadträtin und nicht einen Stadtrat kenne, die oder der eine Städtepartnerschaft zwischen Xiamen und Trier grundsätzlich ablehnte. Von daher ist die pauschale Aussage von Herrn Pohl: „Zum Glück agieren nicht alle so fundamentalistisch“, sicherlich nicht auf die Stadträtinnen und Stadträte bezogen – und sicherlich auch nicht auf die bei-

den Demonstrierenden. – Aber auf wen und auf welche Personen bezieht sich denn diese Unterstellung von Herrn Pohl? Sie bezieht sich konkret auf alle, die nach Meinung von Herrn Pohl „den ganzen zivilgesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Austausch mit China abbrechen“ wollen. – Wer aber will so etwas überhaupt? Und wer will das hier in Trier? Diesbezüglich kenne ich keine einzige Aussage von verantwortlicher Seite!

Eben so wenig habe ich jemals gehört, dass irgendjemand auf die Idee gekommen wäre, „den Strom der chinesischen Touristen nach Trier unterbinden oder schwieriger gestalten“ zu wollen, wie Herr Pohl mutmaßt, oder eine „gesinnungsethisch motivierte Unterbindung von Kontakt“ jemals befürwortet zu haben. – Zugegeben: Seltener ist es einigen Menschen gegeben, nach China zu reisen, um dort die „Situation vor Ort“ kennenzulernen, einmal abgesehen von touristischen Pauschalreisen, die sich aber leider auch nicht jeder Bürger wird leisten können.

Ziemlich erstaunlich ist vor diesem Hintergrund schließlich die Behauptung von Herrn Pohl: „Wir werden die Verhältnisse dort [in China] von Trier aus nicht verändern können.“ – Wie kommt Herr Pohl eigentlich auf so eine destruktive Einschätzung der Situation? – Hier wie dort? – Man müsse schon „auf Einladung der KP Chinas nach Peking“ reisen (können!), um die Bewunderung von Herrn Pohl für richtiges politisches Verhalten und richtiges ethisches Handeln von Grund auf genießen zu können. Ob aber politische Konferenzen grundsätzlich „Lebensprobleme“, – sowohl die der chinesischen als auch die der deutschen Bevölkerung – zu lösen in der Lage sind, darf mit Ludwig Wittgenstein durchaus vorsichtig verneint werden, denn der vermeintliche Aus-

gang von Konferenzen berührt letztere Probleme überhaupt noch nicht. – Alles geht weiter, und alles geht wie bisher. - Was bleibt aber dann aber zu tun?

Hier können wir belehrt werden, denn: „Zum Wandel durch Annäherung gibt es keine Alternative.“ –

Annäherung bedeutet jedoch nicht, - und das muss betont werden - sich lediglich darum zu bemühen, „China besser zu verstehen“. Dass China „groß“ ist, steht außer Zweifel. Nicht aber in dem Sinne, dass es auch „zu groß“ wäre, um Veränderungen in den politischen Strukturen herbeiführen zu können. „Der rasante wirtschaftliche Aufstieg des Landes hat leider nicht zu einer demokratischen Entwicklung geführt“, stellt Pfarrer Hepke zu Recht fest. Freilich hat er auch mit seiner pointierten Feststellung recht: „Die Menschenrechtssituation in China ist desolat.“ – Allerdings! – Das ist der Grund, weshalb die Mahnwache vor dem Rathaus organisiert von der AG-Frieden mit organisiert wurde.

Während der großen Revolution hat China allerdings seine Fähigkeiten zu notwendigen Veränderungen schon einmal sehr beeindruckend gezeigt. Von daher ist es auch durchaus kein Argument, wenn auf die Jahrtausende „eigene politische und kulturelle Tradition“ Chinas hingewiesen wird, die man allererst verstehen müsse. Mit der großen Revolution hat China sozusagen die europäische Aufklärung mit ihren eurozentrischen Werten und allgemeinen Menschenrechten, die über die Revolutionstheorie von Karl Marx hin zum kategorischen Imperativ von Immanuel Kant führen, in einem Handstreich nach- und aufgeholt und sozusagen inhaliert. Es stimmt somit nicht, wenn verschiedentlich behauptet wird, dass chinesische Bürgerinnen und Bürger die Menschenrechtsidee, die wesentlich auf der Idee einer individuellen Würde der Person beruht, aus ihren eigenen Traditionen her nicht unter-

stützen und würdigen könnten. Die Feuerbachthesen von Karl Marx werden in China weitaus bekannter sein als bei uns in Trier – schon allein wegen der „Größe“ Chinas und der Gebildetheit seiner intellektuellen BürgerInnen.

Vor diesem Hintergrund hätte „man“ also durchaus in einen Dialog vor dem Rathaus in Trier eintreten können – auch spontan. Zahlreiche Demonstranten waren anwesend. - Allein: Die Dialogpartner fehlten! Weder blieb der Stellvertretende Bürgermeister der Stadt Xiamen zu einem kurzen Gespräch stehen, noch der etwas später angereiste Generalkonsul der Volksrepublik China, der mit einigen MitarbeiterInnen vor dem Haupteingang des Rathauses vorfuhr.

Gelegenheiten zum Gespräch hätte es aber genug gegeben: Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Reisefreiheit – alles das sei „Fehlanzeige“ in China, so Pfarrer Hepke. – Doch wenn das so ist, und wenn das auch nicht abzustreiten ist, dann fragt man sich doch, wo hier denn möglicher Weise eine „Beschimpfung von China“ stattfindet, wenn man nur artikuliert, was nicht abzustreiten ist?

Ganz im Gegenteil: „Ein Miteinander [auf der Ebene von Städtepartnerschaften] ist nur dann möglich, wenn die Städte auch Partner in ihrem Verständnis von Demokratie und Menschenrechten sind“, schlussfolgert Pfarrer Hepke richtig.

Eine Volksweisheit sagt wohlwissend: „Alles hat seine Zeit.“ Eben: Eine Zeit für Demonstrationen und eine Zeit für Festakte. – Mitunter muss beides aber gleichzeitig und parallel stattfinden, wie derzeit in Trier.

Auch wenn auf die Städtepartnerschaft mit Xiamen hätte verzichtet werden können, so hätte man dennoch nicht darauf verzichten können, die Menschenrechtssituation in China anzusprechen. – Wer dazu nicht den Mut hat,

der ist auch nicht in der Lage, einen offenen Dialog auf (demokratischer) Augenhöhe bei der Partnerstädte zu führen.

Freilich besteht jederzeit die Möglichkeit, dass verschiedene Staaten unterschiedlich Schwerpunkte legen, um Menschenrechte zu verwirklichen. Darauf gründet sich die legitime Möglichkeit, unterschiedlicher Rechtssysteme in den verschiedenen Ländern. Es stellt sich hier aber zugleich auch die Frage, ob es nicht so bestimmte Rechte – oder besser ausgedrückt: ob es nicht unumstößliche Rechte gibt, die unter allen Umständen gültig sein müssen, wenn man von diesem Staate aussagen will, er sei ein „Rechtsstaat“? Und selbst, wenn dieser Staat, aus Mangel und Unfähigkeit seiner Institutionen und der dafür öffentlich-verantwortlichen Personen, nicht immer seinem eigenen Rechten entsprechen würde, so könnte es dennoch nötig sein, dass es bestimmte, unumstößliche Rechte gäbe, die dieser Staat - trotz seiner Mängel – schlechthin voraussetzen müsste, wenn er nicht selbst (als Staat) seiner Würde verlustig gehen wollte. Mit anderen Worten: Es gibt sehr wohl Rechte, deren (staatlich legitimierte) Einschränkung meiner Person so sehr die Würde entzöge, dass weder ich, noch der Staat moralisch legitimiert wären. – Gegen eine solche (ethisch-moralische) Situation muss aber Protest jederzeit möglich sein! – Ja, nicht nur Protest (!), sondern recht eigentlich nötigte diese Situation mich und jeden anderen, gegen die Unrechtmäßigkeit der vorherrschenden, staatlichen Gewalten, mir meine Würde zu berauben, mich dagegen unbedingt auf je mein Recht zu berufen, jederzeit „würdig“ behandelt zu werden, weil jegliche „Würde“ allererst durch moralische Personen als konstituiert gedacht werden kann. Doch genau daran würde mich ein solcher Staat hindern, weshalb er selbst in einem Widerspruch zu den allgemeinen Menschenrechten stünde. Dieser Widerspruch hat eine auffallende Ungerech-

tigkeit zu seiner Ursache, weshalb sich unmittelbar das moralische Gefühl empört. In letzter Konsequenz müsste die Achtung der Menschenrechte dann sogar durch „das Recht des Volkes auf eine Revolution“ (Johann Benjamin Erhard, Nürnberg 1794) eingefordert werden.

Diese Forderung hat keinesfalls den Charakter „einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ eines Staates, wie man vorschnell urteilen könnte. Denn: „Das Menschenrecht aber, das dem Volk kollektive zukommt, ist kein anderes als das Recht zur Aufklärung“ (J.B. Erhard, ebd.). Johann Benjamin Erhard definiert das „ursprüngliche, alle anderen unter sich begreifende Menschenrecht“ wie folgt: Der Mensch darf „seine Willkür nicht durch die bloße Willkür eines anderen Menschen einschränken lassen“ (ebd.). Oder anders ausgedrückt: „Niemand darf mich als einen Gegenstand seiner bloßen Willkür behandeln“ (ebd.). Der letzte Zweck der bürgerlichen Gesellschaft lässt sich infolge dessen als „Aufklärung“ definieren: „Die Aufklärung hat nicht den Zweck, ein Volk glücklich, sondern es gerecht zu machen. [...] Durch keine Revolution kann Glückseligkeit, sondern nur Gerechtigkeit bewirkt werden“ (ebd.). Und schließlich: „Aufklärung ist das Ziel der Menschheit [...]“ (ebd.). Denn wo Aufklärung durch Bildung realisiert wird, da erfährt „das Reich der Dummheit seine letzten Grenzen; und diese Stufe ist: Kenntnis der Menschenrechte“ (ebd.). Unter diesen Rücksichten beruht die Frage, „ob ich ein Recht zu einer Revolution habe“, letztlich auf der Beantwortung der Frage, „erfüllt der Staat seine Bestimmung?“ (ebd.)

Vor diesem bildungspolitischen Hintergrund einer Revolution formulierte schließlich Karl Marx seinen kategorischen Imperativ, jederzeit „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEG, I, S. 195).

– Nichts anderes verfolgten die Demonstranten am 11.11.10 vor dem Trierer Rathaus mit ihren Handzetteln:

„Wussten Sie schon:

... dass der Trierer Stadtrat Kontakte zu einem Stadtrat in China pflegt, der nur 1,6 Millionen seiner 2,25 Millionen Einwohnern das Bürgerrecht anerkennt?

... dass Rheinland-Pfalz 1989 eine Partnerschaft zur südchinesischen Provinz Fujian startete, als China vor der ganzen Weltöffentlichkeit ihre menschenverachtende Diktatur auf dem Tiananmen Platz demonstrierte?

... dass in der boomenden Maschinenbau- und Elektronikindustrie die Mehrheit der Mitarbeiter aus dem Umland kommen und dass Arbeitgeber den ersten Monatslohn einbehalten, damit sie nicht flüchten?

... dass die Fabriken dort eingezäunt sind und mit Kontrollposten versehen sind, und dass Körperdurchsuchungen beim Verlassen des Fabrikgebäudes üblich sind?

... dass 2004 Arbeiteraktivisten aus Fujian wegen des Versuchs zur Gründung einer freien Gewerkschaft zu 6, 8 und 16 Jahren Gefängnis verurteilt wurden?

... dass internationale und deutsche Unternehmen z.B. der Textilindustrie in China unter menschenunwürdigen Bedingungen produzieren lassen?

... dass Gefangene eines Zwangsarbeiterlagers in Xiamen für den Export produzieren müssen?

... dass Menschenrechtsaktivisten dort ihr Leben riskieren?

... dass in China jährlich 5000 bis 7000 Verurteilte hingerichtet werden, mehr als im Rest der Welt zusammen, zuletzt z.B. ein Brite und vier Japaner wegen Drogenschmuggels? (Welt, 13.04.10 und Fokus, 09.04.10)

... dass in Trier rund 15 chinesische Flüchtlinge zwangsweise im „Ausreisezentrum“ untergebracht sind und dort unter Druck gesetzt wer-

den, damit sie abgeschoben werden können bzw. viele schon abgeschoben wurden?

... dass der Leiter der Trierer Ausländerbehörde nach China reiste, um mit dem dortigen Ministerium für Sicherheit Sammelvorführungen und Abschiebungen vorzubereiten?

... dass chinesische Flüchtlinge in Trier nicht näher ausgewiesenen chinesischen „Experten“ zu einer Befragung zwangsvorgeführt wurden. (Siehe: FR und TV, 05.05.03) Dabei wurde ein chinesischer Flüchtling von Mitarbeitern des Ministerium für Sicherheit getreten und bedroht – während Vertreter der deutschen Behörde tatenlos vor der Tür standen (Pro Asyl, 04.08.03: Skandal in RLP-Abschiebungsbehörde)?

... dass es bisher keine breite Diskussion oder Bürgerbeteiligung zum Thema gab?“

Des Weiteren wurden folgende Forderungen von den Demonstranten formuliert:

„Damit diese Städtepartnerschaft zwischen Xiamen und Trier wie viele andere der Völkerverständigung dient, müssen Kontakte in Augenhöhe, Austauschmöglichkeiten mit der dortigen Bevölkerung, private Besuche und Gegenbesuche möglich sein.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Stadtoberhäupter von Xiamen sich mit der Geburtsstadt von Karl Marx als Partnerstadt schmücken, ohne dass die Mehrheit der Bevölkerung in Xiamen von der Partnerstadt Trier etwas erfährt, und ohne dass zusätzliche private Kontakte der Bevölkerung Xiamens und Triers möglich werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass schon bestehende wirtschaftliche Zusammenarbeit noch erleichtert wird, damit rechtlose ArbeiterInnen mit Hilfe von rheinland-pfälzischem Kapital weiter ausgebeutet werden, und die wenigen freien Gewerkschafter in China weiter wie Kriminelle behandelt werden.

Wir wollen eine Städtepartnerschaft, die nicht Wirtschafts- und Wissenschaftsinteressen

dient, ohne an den Menschenrechtsverletzungen in China irgendetwas ändern zu wollen.

Wir wollen eine Städtepartnerschaft, die auch einen kritischen Blick auf die eigene Verantwortung an Menschenrechtsverletzungen in China durch Billigproduktion und –importe wirft und zudem die Augen nicht verschließt vor dem eigenen menschenrechtlich kritikwürdigen Umgang mit chinesischen Flüchtlingen hier, z.B. im „Ausreisezentrum“ Trier.

Die Partnerschaft mit den problematischen offiziellen Vertretern des chinesischen Staates darf keine Komplizenschaft mit dem Unrechtsregime sein.

Sie [die Städtepartnerschaft] muss auch Kontakte zu chinesischen Menschenrechtlern oder Oppositionellen ermöglichen, ohne dass sie sich dabei gefährden.

Wir fordern mit unserer Mahnwache:

- Die Städtepartnerschaft muss die Frage der Menschenrechte aktiv angehen.
- Die Beschaffungsrichtlinien der Stadt Trier schließen den Kauf von Produkten aus, die nicht unter den in Europa gültigen Sozialstandards produziert wurden.
- Die Stadt fordert das Land [RLP] auf, den chinesischen Flüchtlingen, die in Trier im „Ausreisezentrum“ (oder anderswo untergebracht sind) ein Bleiberecht zu erteilen.

Unterstützen Sie Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen hier, die sich für Sozialstandards, Menschenrechte und für ein humanes Asylrecht engagieren.

[... Foto ...]

V.i.S.d.P.: Terre des Femmes Trier, Multikulturelles Zentrum Trier, Arbeitsgemeinschaft Frieden, Katholische Arbeiterbewegung Bezirk Trier-Eifel.“

Somit lässt sich abschließend Feststellen:

Mit den Forderungen auf diesem Flugblatt wird also „die“ Alternative endlich angesprochen zu der feierlichen Sitzung des Stadtrates am 11.11.10 im Trierer Rathaus. – Zudem wird an dieser Stelle deutlich: Dialektisches Denken fordert beides ein!

Wer diese oben ausgeführte Alternative nicht versteht, benötigt „Aufklärung“! Er ist jedenfalls moralisch nicht legitimiert, Diffamierungen und falsche Unterstellungen auszusprechen, die wiederum falsche Alternativen suggerieren, wie das bisweilen leider in der Presse undifferenziert kommuniziert wurde - was ebenfalls oben dargestellt und analysiert wurde.

Lokal wie global: Klare Worte – eindeutige Handlungen!

Freiheit für den Intellektuellen Lui Xiaobo am 10.12.2010 (und andere politische Gefangene)!

Johannes Verbeek

Trier, den 10.12.10, Tag der Menschenrechte